

JETZT DEN MENSCHEN AUS AFGHANISTAN SCHUTZ BIETEN!

**PRESSEDOSSIER
FÜR DIE MEDIENKONFERENZ
VOM 20. AUGUST 2021**



INHALTSVERZEICHNIS

1.	Medienmitteilung	S. 3
2.	Referat von Navid, Vertreter der afghanischen Gemeinschaft in der Schweiz	S. 4
3.	Referat von Mattea Meyer, Nationalrätin ZH und Co- Präsidentin der SP Schweiz	S. 5
4.	Referat von Ada Marra, Nationalrätin VD und Vizepräsidentin der SP Schweiz	S. 6
5.	Referat von Lea Hungerbühler, Präsidentin AsyLex	S. 8
6.	Referat von Balthasar Glättli, Nationalrat ZH und Präsident der GRÜNEN Schweiz	S. 10
7.	Kontaktadressen	S. 13

KRISE IN AFGHANISTAN: DIE SCHWEIZ MUSS DRINGEND HANDELN!

Heute haben die Vertreter:innen von SP, Grünen und AsyLex an einer gemeinsamen Medienkonferenz ihre Forderungen angesichts der Afghanistan-Krise präsentiert. Der Appell der SP Schweiz, flüchtenden Menschen aus Afghanistan Schutz zu gewähren, wurde heute bei der Bundeskanzlei eingereicht. Innerhalb weniger Tage sind 41 547 Unterschriften eingegangen. Diese Zahl zeugt vom Schock, der die Schweizer Bevölkerung angesichts der Zustände in Afghanistan erfasst hat. Wir rufen den Bundesrat dazu auf, rasch und grosszügig zu handeln. Gleichgültigkeit ist keine Option!

«Ich habe grosse Angst um meine Eltern und meine drei Schwestern», erklärte Navid, Vertreter der afghanischen Gemeinschaft in der Schweiz, anlässlich der heutigen Medienkonferenz. «Nur schon hier zu sitzen und davon zu erzählen, kostet mich viel Überwindung. Das letzte, was ich möchte, ist meine Familie in Afghanistan durch meinen Auftritt in der Öffentlichkeit noch mehr in Gefahr zu bringen. Am Montag sind die Taliban beim Haus meiner Familie vorbei gegangen, um meinen Vater mitzunehmen. Er war zum Glück nicht zuhause, muss sich jetzt aber verstecken. Die Menschen in Afghanistan brauchen dringende Hilfe! Gerade die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition darf nicht wegschauen und muss Verantwortung übernehmen. Sie darf nicht einfach dabei zusehen, wie meine Eltern, meine Schwestern und alle anderen gefährdeten Menschen schutzlos den Taliban ausgeliefert werden.»

«Wir haben keinerlei Verständnis für die Tatenlosigkeit des Bundesrats», ergänzt Mattea Meyer, Nationalrätin (ZH) und Co-Präsidentin der SP Schweiz. «Hier in der Schweiz bangen tausende Afghan:innen um ihre Familien. Gemeinsam mit ihnen, den Unterzeichner:innen und den aufnahmewilligen Städten erwarten wir, dass der Bundesrat alles Mögliche unternimmt um zu helfen.»

Ada Marra, Nationalrätin (VD) und Vizepräsidentin der SP Schweiz, zeigte sich enttäuscht über die abwartenden und zurückhaltenden Position der beiden FDP-Bundesräte. «Diese Haltung bildet die Stimmung in der Bevölkerung in keiner Weise ab.» Eine grosszügigere Politik insbesondere gegenüber besonders gefährdeten Gruppen wäre nicht nur Ausdruck einer humanitären Haltung, sondern würde auch erlauben, die gesamten Verfahren neu zu regeln, was eine pendente Aufgabe der EJPD-Vorsteherin ist.

Lea Hungerbühler, Präsidentin von AsyLex, informierte weiter: «Wir erhalten täglich unzählige Anfragen verzweifelter Menschen mit Familienmitgliedern und Freunden in Afghanistan, deren Situation unerträglich ist. Die Reaktion des Bundesrates ist beschämend für ein Land wie die Schweiz. Warten wir nicht länger, nehmen wir unsere humanitäre Verantwortung wahr. Die Schweiz ist bereit. Die grossen Städte wollen helfen, die Bevölkerung will helfen.»

Zum Schluss wies Balthasar Glättli, Nationalrat (ZH) und Präsident der Grünen Schweiz, darauf hin, dass wir auch die Afghan:innen, die bereits in der Schweiz leben, unterstützen müssen: «Die oft prekäre Situation der Menschen aus Afghanistan in der Schweiz muss verbessert werden. Wir fordern, dass alle aktuell in der Schweiz lebenden Menschen aus Afghanistan einen sicheren und dauerhaften Aufenthaltsstatus erhalten, und dass der Bundesrat alles unternimmt, damit auch ihre Familie in die Schweiz kommen können.»

Die Schweiz kann und muss angesichts der Krise in Afghanistan endlich handeln. Unser Appell ist gleichzeitig Aufruf und Erinnerung an den Bundesrat, seine politische Verantwortung wahrzunehmen.

Referat von Navid, Vertreter der afghanischen Gemeinschaft in der Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren Wie Sie alle wissen, herrscht eine grausame Situation in Afghanistan. Ich nehme an, sie wissen Bescheid, was sich in Kabul gerade abspielt und haben vielleicht die Videos der verzweifelten Menschen gesehen, die zum Flughafen rennen und sich sogar an abhebenden Flugzeugen festklammern.

Ich habe grosse Angst um meine Eltern und meine drei Schwestern, die immer noch in Kabul sind. Nur schon hier zu sitzen und davon zu erzählen, kostet mich viel Überwindung. Das letzte, was ich möchte, ist meine Familie in Afghanistan durch meinen Auftritt in der Öffentlichkeit noch mehr in Gefahr zu bringen. Am Montag sind die Taliban beim früheren Haus meiner Familie vorbeigegangen um meinen Vater mitzunehmen. Er wohnt zum Glück nicht mehr dort, muss sich jetzt aber verstecken. Die Taliban hinterliessen ihm eine Vorladung, um sich bei ihnen zu melden.

Seit die Taliban in Kabul sind, verstecken sich die Menschen in ihren Häusern und trauen sich kaum noch auf die Strasse. Frauen haben Angst, zwangsverheiratet zu werden und wenn sie sich dagegen wehren, werden sie geschlagen oder gesteinigt. Die Taliban gehen im Moment von Haus zu Haus und verlangen Listen von allen unverheirateten Mädchen und Frauen über zwölf Jahren und nehmen diese dann mit. Auch meinen drei Schwestern droht dieses Schicksal, falls sie entdeckt werden. Sie verstecken sich zu Hause, aber es ist nirgends sicher. Die Taliban könnten jeden Moment kommen. Ich kann mich im Moment zum Glück noch mit ihnen austauschen, doch der Kontakt könnte jederzeit abbrechen.

Auch Leute, die journalistisch tätig waren oder an der Seite von westlichen Staaten als Übersetzer und Kulturvermittler gearbeitet haben, droht der Tod durch die Taliban. Die Bilder und Videos vom Flughafen in Kabul zeigen, wie gross die Verzweiflung ist. Ich stehe im Kontakt mit einigen Journalisten aus Kabul, die mich laufend über die Situation informieren. Gerade heute kam es zu einem erneuten Zwischenfall am Flughafen in Kabul, wo mit Plastikpatronen auf die Menge geschossen wurde. Den Menschen bleibt kaum noch Hoffnung und trotzdem versuchen sie verzweifelt zum Flughafen zu gelangen.

Die Menschen in Afghanistan brauchen dringen Hilfe! Gerade die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition darf nicht wegschauen und muss Verantwortung übernehmen. Ich habe Angst, meine Familie zu verlieren. Die Schweiz muss sich gemeinsam mit den anderen westlichen Staaten dafür einsetzen, dass die Menschen evakuiert werden können.

Sie darf nicht einfach dabei zusehen, wie meine Eltern, meine Schwestern und alle anderen gefährdeten Menschen schutzlos den Taliban ausgeliefert werden.

Ich bedanke mich voraus.

Referat von Mattea Meyer, Nationalrätin ZH und Co-Präsidentin der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Nachrichten und Bilder von verzweifelten Menschen aus Afghanistan machen tief betroffen.

In dieser dramatischen Situation stellt sich die Frage: **Was kann die Schweiz tun?**

Geht es nach dem Bundesrat, soll sich das unmittelbare Engagement der Schweiz darauf beschränken, die Schweizer:innen vor Ort sowie das lokale Deza-Personal und ihre Kernfamilien zu evakuieren. Er ist nicht bereit, mehr Geflüchtete aus Afghanistan aufzunehmen.

Wir haben kein Verständnis für diese Tatenlosigkeit des Bundesrats.

Afghan:innen werden von heute auf morgen einer Zukunft beraubt und unvorstellbaren Grausamkeiten ausgesetzt. Hier in der Schweiz bangen tausende Afghan:innen um ihre Familien. Und die Schweiz soll nur zuschauen?

Über 38'000 Menschen sehen das anders und haben innert Tagen einen Appell an den Bundesrat unterzeichnet. Zudem fordern zahlreiche Städte vom Bundesrat, zu handeln und Geflüchtete aufzunehmen.

Wir sind uns bewusst, dass die Lage aktuell unübersichtlich ist. Aber die Schweiz kann bereits jetzt die nötigen Vorkehrungen treffen und die Bereitschaft zeigen, gefährdeten Menschen Zuflucht zu bieten.

Konkret fordern wir vom Bundesrat und namentlich der zuständigen Bundesrätin Karin Keller-Suter:

- den hier lebenden Afghan:innen unverzüglich einen sicheren Aufenthaltsstatus mit einer Perspektive geben.
- Ihre Familien aus dem Konfliktgebiet retten mit einem erleichterten und erweiterten Familiennachzug.
- Im Rahmen von Resettlement-Programmen oder der Erteilung von humanitärem Visum 10'000 gefährdete Menschen aufnehmen.
- Die Nachbarländer bei der Aufnahme von Geflüchteten finanziell und logistisch unterstützen.

Wir erwarten nicht, dass die Schweiz und der Bundesrat den Afghanistan-Konflikt lösen.

Aber wir erwarten gemeinsam mit den Unterzeichner:innen und den aufnahmewilligen Städten, dass der Bundesrat alles Mögliche unternimmt um zu helfen. Für die in der Schweiz lebenden Afghan:innen, für ihre Familien und für besonders gefährdete Menschen kann der Bundesrat einen entscheidenden Unterschied machen. Und das soll er auch tun. Jetzt.

Referat von Ada Marra, Nationalrätin VD und Vizepräsidentin der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

La réaction d'attentisme et d'accueil au compte-goutte des deux ministres PLR au Conseil fédéral n'est pas en phase avec les réactions de la population suite à la prise de l'Afghanistan par les Talibans, ni ne relève d'un grand professionnalisme en matière de gestion de l'asile.

Réactions populaires :

L'appel que nous remettons ce jour n'a rien de déraisonnable ou de fantasque. Il ne met pas la sécurité de la Suisse en danger, ne met pas sous pression notre système d'asile et veut retrouver la politique d'accueil humanitaire dont se prévalaient à tort, vu leur position, nos deux ministres PLR il y a quelques jours. Le nombre de signatures récoltées en si peu de temps atteste du soutien d'une large partie de la population à notre demande.

Nous avons la capacité d'accueil. En 2019, il y a eu 14 269 demandes d'asile et 11 000 en 2020... Les chiffres les plus bas depuis 2007... Nous avons la marge de manœuvre pour accueillir 10 000 personnes supplémentaires.

Ce que demande l'appel, c'est que les personnes originaires d'Afghanistan qui vivent actuellement en Suisse obtiennent un statut de séjour sûr et permanent et que le Conseil fédéral fasse tout son possible pour que leurs familles puissent également venir en Suisse – et accueillir 10 000 personnes vulnérables supplémentaires.

Gestion de l'asile

La politique du « attendons pour voir » et celle du compte-goutte est contre-productive à bien des égards.

Si nous saluons évidemment le fait de faire venir en Suisse les collaborateurs afghans qui ont travaillé pour Berne, la question se pose de savoir pourquoi, par exemple, les collaborateurs locaux d'ONGs ayant leur siège à Genève et qui défendent les droits humains n'ont pas été pris en compte. La grande tradition suisse par rapport à ces organisations internationales nous donnerait un devoir de les évacuer également.

Nous savons aussi – et cela a déjà été dit – quels groupes de personnes sont le plus à risque. Outre les femmes, les activistes des droits humains etc., nous savons également que les ethnies Tadjiks, Ouzbeks et Hazaras, les personnes originaires du Panjshir (la vallée de Massoud), en définitive les non-pachtounes sont en danger.

Les choix qui se font dans une politique du compte-goutte sont trop arbitraires. Alors que décider d'un accueil plus vaste bien que raisonnable permet d'une part d'éviter l'écueil de l'arbitraire, de faire une vraie politique humanitaire et permet également d'ordonner les parcours migratoires, tâche qui est attendue de la part de la cheffe du DFJP.

Nous vivons depuis trop longtemps sous le règne de l'indifférence face à la précarisation des routes migratoires des gens qui cherchent à fuir leur pays pour raisons de guerres ou de

persécutions politiques. On ne peut pas demander aujourd'hui aux Afghans de suivre la voie traditionnelle pour l'obtention d'un visa humanitaire, comme l'a très bien expliqué Lea Hungerbühler. Ils ne peuvent pas quitter l'Afghanistan. L'obtention de visa humanitaire doit et peut prendre une autre forme, comme l'a démontré l'évacuation des 200 personnes choisies par le DFAE.

Depuis la décision de Biden du retrait des troupes américaines, chacun d'entre nous sait que pour des milliers de personnes, c'est la chronique d'une mort annoncée. Le rôle, le devoir des ministres des affaires extérieures et de l'asile, c'est de faire en sorte que cela ne se produise pas. Pas quand on a hérité d'un pays comme la Suisse, abritant les plus grandes organisations internationales des droits humains et de réfugiés. Ce n'est pas une question de sentiments, mais de devoir professionnel.

Cet appel est un appel et un rappel au Conseil fédéral de ses tâches et devoirs politiques.

Referat von Lea Hungerbühler, Präsidentin AsyLex

Es gilt das gesprochene Wort.

Aresu ist eine Jurastudentin in der Schweiz aus Afghanistan. Ihre Mutter leitet in Afghanistan als eine der letzten Frauen eine Radiostation. Wenn die Taliban bei ihr vorbeigehen, wird sie wohl nicht überleben. Wir erhalten täglich unzählige Anfragen verzweifelter Menschen mit Familienmitgliedern und Freunden in Afghanistan, wie Aresu. Die Situation für die Betroffenen und ihre Familien ist unerträglich. Die Aussage, dass die Taliban heute gemässigter seien, erwies sich rasch als falsche Masche. Vor wenigen Tagen noch verkündete US Präsident Biden, dass das afghanische Militär nun zu den schlagkräftigsten Armeen der Welt gehöre. Das Blatt wendete sich innert Tagen: Das gesamte Kriegsmaterial haben nun die Taliban. Damit haben die Extremisten eine der weltbesten militärischen Ausrüstungen.

Der Bundesrat stellt sich auf den Standpunkt, dass das bisherige System humanitärer Visas als Reaktion auf die Machtübernahme durch die Taliban ausreichend sei. Ich zitiere: «Folglich muss jeder Visumsantrag bei einer schweizerischen Auslandsvertretung ausserhalb des afghanischen Staatsgebiets eingereicht werden. Allerdings ist die Ausreise aus Afghanistan gegenwärtig sowohl auf dem Land- als auch auf dem Luftweg nahezu unmöglich.» [Zitat Ende]

Die Reaktion des Bundesrates ist beschämend für ein Land wie die Schweiz. Dass die lokalen Mitarbeitenden vom DEZA aus Afghanistan evakuiert werden, ist keine humanitäre Grosszügigkeit, aber immerhin ein Zeichen, dass es eben doch geht – juristisch und praktisch. Es reicht aber bei Weitem nicht.

Frau Bundesrätin Keller-Sutter sagte, die Diskussion sei *zu früh*. Nein, sehr geehrte Frau Bundesrätin – sie ist leider schon jetzt für viele Menschen zu spät. Warten wir nicht weiter zu, sondern werden jetzt unserer humanitären Verantwortung gerecht.

Wir fordern daher eine sofortige Evakuierungsaktion mittels humanitärer Visa für 10'000 besonders gefährdete Menschen mit Bezug zur Schweiz.

Wir haben dem SEM bereits eine Liste von Personen, welche im Fokus der Taliban stehen, zukommen lassen: Journalistinnen, ehemalige Regierungsmitarbeitende, Menschenrechtsaktivistinnen, LGBTQ Personen, Mädchen, welche kurz davor stehen, mit einem Taliban Kämpfer zwangsverheiratet zu werden. Es sind Brüder, Schwestern, Eltern, Töchter und Söhne von hier in der Schweiz lebenden Menschen, von welchen niemand weiss, ob sie morgen noch am Leben sind.

Evakuierungen sind möglich. Humanitäre Visas müssen und können unbürokratisch in Afghanistan ausgestellt werden, entweder durch internationale Partner, konkret andere Botschaften bzw. Konsulate, oder mittels neuer technologischer Möglichkeiten – wie dies auch für die Mitarbeitenden vom DEZA und deren Familien funktionierte. Evakuierungsflüge können, wenn nötig, mit anderen Ländern zusammen organisiert werden, auch das funktionierte bereits.

Die Schweiz ist bereit: Die grossen Städte möchten helfen. Die Bevölkerung möchte helfen, wie die heute einzureichende Petition eindrücklich zeigt. Wir haben eine Liste mit besonders gefährdeten Personen und werden diese Liste dauernd aktualisieren. Es fehlt einzig am Willen des Bundesrates. Ich appelliere daher an den Bundesrat: Handeln Sie jetzt, sehr geehrte Damen Bundesrätinnen und Herren Bundesräte, bevor es für die betroffenen Menschen zu spät ist.

Referat von Balthasar Glättli, Nationalrat ZH und Präsident der GRÜNEN Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende

In meinem Votum fokussiere ich auf einen Bereich, den der Bundesrat offensichtlich gerne ausblendet. Vielleicht gerade darum, weil er hier die Möglichkeit hätte, rasch zu reagieren auf die erschreckenden Entwicklungen der letzten Tage in Afghanistan.

Statt sich hinter dem zu verstecken, was angeblich nicht geht, muss der Bundesrat die Verantwortung wahrnehmen und dort vorwärts machen, wo es geht:

Die oft prekäre Situation der Menschen aus Afghanistan in der Schweiz muss verbessert werden. **Wir fordern, dass alle aktuell in der Schweiz lebenden Menschen aus Afghanistan einen sicheren und dauerhaften Aufenthaltsstatus erhalten, und dass der Bundesrat alles unternimmt, damit auch ihre Familie in die Schweiz kommen können.**

Worum geht es:

A) Aufenthaltsstatus hier Anwesender Afghan*innen verbessern

In der Schweiz leben (Stand Ende Juni 2021) 8'419 Menschen aus Afghanistan mit einer Aufenthaltsbewilligung C, B oder L. Fast anderthalb Mal so viele Menschen aus Afghanistan, 12'392, haben keinen sicheren Aufenthaltsstatus: 865 sind aktuell noch im Asylverfahren, und der grösste Teil hat Schutz erhalten im Rahmen der sogenannten „Vorläufigen Aufnahme“: 11527 Menschen aus Afghanistan haben diesen prekären Status.

1. Wir fordern, dass den über 800 afghanischen Geflüchteten, die in der Schweiz aktuell noch das Asylverfahren durchlaufen, grundsätzlich Asyl gewährt wird; Hängige Gesuche von afghanischen Geflüchteten sollen nicht zurückgestellt werden, sondern vielmehr möglichst rasch entschieden werden, um sie nicht zu lange in einer Warteschlange zu belassen, denn eine baldige Verbesserung der Situation ist nicht absehbar;

2. Afghanischen Geflüchteten, die bereits einen abschliessend negativen Entscheid erhalten haben und sich noch in der Schweiz befinden, sollen Wiedererwägungsgesuche und Zweitasyllgesuche ermöglicht werden, damit diese Personen einen regulären Aufenthaltsstatus erhalten.

3. Bei den über 11'500 Menschen mit einer sogenannt „Vorläufigen Aufnahme“ ist, prioritär bei den Frauen, von Amtes wegen eine neue Überprüfung anzuordnen. Insbesondere (aber nicht nur) bei Frauen und Mädchen liegen mit der Machtübernahme der Taliban objektive Nachfluchtgründe vor, die (gerade bei Frauen und Mädchen wegen frauenspezifischer Verfolgung) zu einer Anerkennung und Asylgewährung führen müssten. Das SEM resp. die Justizministerin haben diese Kompetenz einer solchen Überprüfung ohne Gesetzesänderung. Sie haben sie in der Vergangenheit auch im umgekehrten Sinne schon genutzt, nämlich zur Neuüberprüfung aller Vorläufigen Aufnahmen von eritreischen Flüchtlingen. Hier könnten sie nun diese Kompetenz *zu Gunsten* der Flüchtlinge ausnutzen.

4. Schliesslich fordern wir die Schweiz auf, alle anstehenden Dublin-Rückführungen von Afghan*innen per sofort auszusetzen. Einige europäische Staaten haben die Rückschaffungen nach Afghanistan (noch) nicht gestoppt. Kettenabschiebungen sind deshalb nicht auszuschliessen.

B) Familiennachzug ermöglichen

Mit der Änderung des Flüchtlingsstatus von „vorläufiger Aufnahme“ ohne Flüchtlingsstatus zu einer Aufnahme als Flüchtling erhalten die Betroffenen direkt das Recht auf Familiennachzug für die Kernfamilie.

Zudem kann der Bundesrat, so wie er das im Syrienkonflikt 2013 getan hat, die Bedingungen für humanitäre Visumsanträge deutlich erleichtern. Damals hatte er humanitäre Visa auch an weitere Verwandte von Menschen, erteilt die bereits in der Schweiz lebten.

FAZIT – ohne die juristischen Details zu wiederholen: Die Schweiz kann mehr tun!

Der Bundesrat, die Vorsteherin des EJPD und das SEM hätten – ohne Gesetzesänderungen – die Möglichkeit, rasch und wirksam nicht nur den Status jener Afghanischen Flüchtlinge zu verbessern, welche bereits in der Schweiz sind, und ihnen das Recht auf Familiennachzug für die Kernfamilie zu geben, sondern sie hätten auch die Möglichkeit, weiteren Verwandten wie Enkeln, Brüdern oder Grosseltern ohne Gesetzesänderung humanitäre Einreisevisa zu erteilen – und dies nicht nur aus Afghanistan direkt, sondern auch in Bezug auf Personen, die bereits vor einiger Zeit vor den Taliban ins nahe Ausland geflüchtet sind.

Indem Karin Keller Sutter und Staatssekretär Gattiker nur auf Menschen fokussieren, die gerade momentan nur mit Schwierigkeiten aus Kabul ausgeflogen werden können, lenken sie ganz bewusst davon ab, dass sie im Rahmen der aktuellen Gesetzeslage viele Möglichkeiten hätten, Menschen die vor den Taliban geflüchtet sind, eine sicherere Zukunft in der Schweiz zu ermöglichen.

Zusatzinfo:

**Bestand Bevölkerung Afghanistan Total
(Ausländer und Asyl) - Stand ZEMIS am 30.06.2021**

	F	M	Total
Total st. ausl. Wohnbevölkerung	3'284	5'135	8'419
Niedergelassene (C)	571	767	1'338
<i>davon anerkannte Flüchtlinge (C)</i>	<i>166</i>	<i>211</i>	<i>377</i>
Aufenthalter (B)	2'713	4'367	7'080
<i>davon anerkannte Flüchtlinge (B)</i>	<i>1'238</i>	<i>1'507</i>	<i>2'745</i>
Kurzaufenthalter (L >=12M)	0	1	1
<hr/>			
Total nicht st. ausl. Wohnbevölkerung (L <12M)	0	4	4
<hr/>			
Asylsuchende (N)	241	624	865
Vorl. Aufgenommene (F)	3'120	8'407	11'527
<i>davon vorl. Aufgenommene Flüchtlinge (F FL)</i>	<i>28</i>	<i>47</i>	<i>75</i>
<hr/>			
Total Rückkehrunterstützung RU (ohne hängiges Asylverfahren)	5	136	141
davon in der Papierbeschaffung	0	26	26
<hr/>			
Total Ausländer und Asyl	6'645	14'170	20'815
<hr/>			
Einbürgerungen (wieviele tatsächlich noch hier leben resp. am Leben sind, ist offen)	3044 2693	seit 1974 davon seit 2000	

KONTAKTADRESSEN

- **Mattea Meyer** 079 101 68 90
Co-Präsidentin der SP Schweiz
Nationalrätin ZH
- **Ada Marra** 076 383 20 69
Vizepräsidentin der SP Schweiz
Nationalrätin VD
- **Balthasar Glättli** 076 334 33 66
Präsident der GRÜNEN Schweiz
Nationalrat ZH
- **Lea Hungerbühler** 079 746 71 82
Präsidentin AsyLex
- **Rebekka Wyler** 079 222 31 40
Co-Generalsekretärin der SP Schweiz
- **Clément Borgeaud** 031 329 69 85
Stellvertretender Mediensprecher der SP Schweiz